

GÖTTINGER BLÄTTER

Februar

2022

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Göttinger Friedensforum:

🎯 Kriegsgefahr im Ost-West-Konflikt – verhandeln statt eskalieren! Deeskalation ist das Gebot der Stunde

Der Konflikt um die Ukraine enthält ein gefährliches Eskalationspotential: die Konfrontation zwischen Russland und der Nato. Ausgelöst u.a. durch den von USA und EU unterstützten Machtwechsel 2014 in Kiew und die Kämpfe zwischen dem ukrainischen Militär und den Separatisten im Donbas, hat sich zunehmend Militär auf beiden Seiten der Grenze zwischen Ost (Russland, Belarus) und West (Baltische Staaten und Polen) in Stellung gebracht.

Dies schreibt das Göttinger Friedensforum in seinem neusten Flugblatt, das im Februar in der Stadt verteilt werden soll.

Und weiter: „Die bundesweite Friedensbewegung bemüht sich um Möglichkeiten der Deeskalation – statt Konfrontation im gegenwärtigen Konflikt braucht es Kooperation.“

Unter dem Titel „Raus aus der Eskalationsspirale“ haben sich am 7. Dezember 2021 deutsche Friedensforschungsinstitute und Bundeswehrhochschullehrer mit einem Appell an die Öffentlichkeit gewandt. Darin weisen sie auf die brandgefährliche Situation im Konflikt um die Ukraine hin und warnen vor einseitiger Schuldzuweisung an Russland. Sie fordern stattdessen dazu auf, die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands anzuerkennen, d.h. auch zu garantieren, dass eine Ausdehnung des westlichen Militärbündnisses an Russlands Grenzen (Nato-Osterweiterung) beendet bzw. rückgängig gemacht wird.“

Neben einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des Konfliktes widmet sich das Flugblatt dann der Erzeugung von Feindbildern in den Medien:

„Die (...) Hintergründe zur Ost-West-Konfrontation werden in der Politik und

den meisten Medien des Westens häufig nicht differenziert genug thematisiert und vielfach zur **Erzeugung von Feindbildern** (Russland, China (...) missbraucht. Z.B. wird der aktuelle Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine einseitig als russische Aggression dargestellt. Dagegen wird in den wenigsten Mainstream-Medien kritisch hinterfragt, dass die Nato kampfbereite Truppen in den östlichen Teil der Allianz geschickt hat – „nicht nur in die Ostseeregion, auch zum Schwarzen Meer“ (Nato-Generalsekretär Stoltenberg am 30.11.21 in Riga). Die jährlich stattfindenden DEFENDER - Manöver der Nato in Richtung Osten werden als Nachricht weitgehend unterdrückt oder als legitime Verteidigung thematisiert.

Die Entwicklung gegenseitiger Feindbilder stellt die sozialpsychologische Voraussetzung für die Durchführung von Kriegen dar. Sie lenkt von innenpolitischen Schwierigkeiten ab, erhält militärische Strukturen, unterstützt die Existenz des militärisch-ökonomischen Komplexes, erhöht die Kampfbereitschaft in der Bevölkerung und schafft die Voraussetzung für militärische Interventionen mit einem geostrategischen bzw. machtpolitischen Hintergrund.“

Das komplette Flugblatt erhalten Sie auch unter:

Göttinger Friedensforum:
Goettinger-
Friedensforum@lists.
posteo.de



im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2022.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Kriegsgefahr Ukraine	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Gastkommentar Gerd Nier	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2022
ist der 17. Februar.
Auslieferung am 25. Januar.

**Zum Internationalen Frauentag:
Dienstag, 22. Februar 2022,
18:00 Uhr online - MS TEAMS**

„Wer sorgt denn da?“ – Warum uns Sorgearbeit endlich mehr wert sein muss!

Sorgearbeit muss aufgewertet werden, die Forderung steht schon lange. Chancen dazu bestehen 2022 unter anderem in der Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst. Die Anforderungen in den Branchen sind enorm gestiegen. Die Arbeitsbedingungen müssen dringend verbessert werden. Gemeinsam mit Beschäftigten beleuchten wir gesellschaftliche und tarifpolitische Fragen.

Kurzvortrag mit Dr. Tine Haubner, Soziologin und Diskussion mit Kolleginnen aus den Branchen

Bildungswerk ver.di, ver.di Ortsfrauenrat und DGB Frauen Kreisverband Göttingen Online
Anmeldung goettingen@bw-verdi.de
<https://www.bw-verdi.de/was-wir-machen/after-work-bildung/>



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

► Für Aufklärung und Solidarität statt Verschwörungsmythen

Erklärung des Bundesausschusses der VVN-BdA

Die größte verschwörungsideologische Organisation in Deutschland hieß NSDAP. Im Namen der „deutschen Freiheit“ mobilisierte sie gegen eine „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, die das deutsche Volk vergiften und knechten wolle. Das kann man alles nachlesen in einem der meistgedruckten Bücher deutscher Sprache – Adolf Hitlers „Mein Kampf“.

An dieses Vorbild knüpfen heute der „III. Weg“, die „Freien Sachsen“, die „AfD“ und weitere extrem rechte und neofaschistische Organisationen an. Ihnen ist es in diesen Wochen gelungen die von Anfang an wissenschaftsfeindliche, egoistische und nach Feindbildern gierende Szene der deutschen Impfgegner*innen in nie dagewesenem Ausmaß bundesweit in vielen Städten zu mobilisieren.

Längst geht es nicht mehr nur darum, inmitten einer Pandemie, in völliger Verkennerung der Realität, lebensrettende Maßnahmen des Infektionsschutzes

zu hintertreiben, sondern gegen „das System“ an sich zu mobilisieren. Diese Bewegung ist:

▷ antidemokratisch, indem sie einen angeblichen „Volkswillen“ über demokratische Prozesse stellt mindestens latent antisemitisch, indem sie erneut das altbekannte antisemitische Denkmuster von der Existenz einer angeblichen geheimen Elite mit ebensolch geheimen Pläne behauptet

▷ sozialdarwinistisch – soll doch sterben, wer nicht gesund genug ist geschichtsrevisionistisch und eine Beleidigung der Opfer des NS-Regimes, indem sie sich selbst als „verfolgt wie die Juden“ gerieren

▷ zunehmend verbal und körperlich gewaltbereit gegen Journalist*innen, Beamt*innen und sogar Ärzt*innen, die ohnehin schwer genug an der Pandemie zu kämpfen haben

Es zeigt sich außerdem, dass sowohl Behörden und Polizei als auch etablierte Politiker*innen dem Druck des Mobs zu weichen beginnen.

Stattdessen fordern wir:

▷ Gesetzte Regeln für das öffentliche Leben, die Leib und Leben retten sollen, müssen auch durchgesetzt werden.

▷ Infrastruktur und Personal des Gesundheitswesens als auch Journalist*innen sind zu schützen.

▷ Mordaufrufe in Sozialen Medien sind genauso zu verfolgen wie in der realen Welt.

▷ Tatsächliche soziale Verwerfungen, die durch die Pandemie verstärkt werden, gehören auf die Tagesordnung, u.a. die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens.

▷ Wir brauchen klare Kante gegen die Ideologien des Egoismus und der Verschwörungsmythen.

Wir halten dagegen!

(Diese Erklärung kann auch als Flyer bestellt werden: <https://shop.vvn-bda.de/index.php/flugblaetter/flyer-antifaschismus-ist-kein-spaziergang.html>)

► Gegen jeden Antisemitismus

Beschlossen auf dem vergangenen Bundeskongress der VVN-BdA

Die VVN-BdA wendet sich gegen jede Art und Form des Antisemitismus.

Nicht jede Kritik an israelischer Regierungspolitik und Akteuren der israelischen Gesellschaft ist von vornherein des Antisemitismus zu bezichtigen.

Die VVN-BdA unterstützt alle Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben zwischen Israel und seinen Nachbarn und alle Bemühungen um eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinenser/innen, die den legitimen Interessen beider Seiten entspricht.

Für die VVN-BdA ist das Verhältnis zu Israel in erster Linie davon bestimmt, dass dort eine große Zahl von Überlebenden des Holocaust und deren Nachkommen leben. Israel ist der Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden aus aller Welt.

Wer diese grundsätzliche Konsequenz nach der Shoah infrage stellt, kann

für uns kein Bündnispartner sein. Das gilt insbesondere für extrem reaktionäre, frauen- und demokratiefeindliche Organisationen, die das Existenzrecht Israels nicht anerkennen.

Auch die israelische Gesellschaft ist gespalten: Rassismus, Nationalismus, religiöser Fundamentalismus und weitere reaktionäre Strömungen sind genauso vorhanden wie Friedensbewegung, Bürgerrechtsbewegung und die verschiedenen sozialistischen Strömungen.

Wir haben also Freunde und Bündnispartner in Israel, die an der gleichen „Welt des Friedens und der Freiheit“ arbeiten wie wir. Viele dieser KameradInnen stehen in Opposition zur israelischen Regierungspolitik oder stehen ihr zumindest kritisch gegenüber. Ein wichtiger Aspekt ihrer Überlegungen ist die Überzeugung, dass Israel nur in Frieden mit seinen Nachbarn überleben kann.

Die parlamentarische Demokratie in Israel erlaubt auch radikale Kritik. Reaktionäre Regierungspolitik erfordert auch in Israel radikale Kritik. Wer versucht, israelische Oppositionelle, die mit Sorge analysieren, welche katastrophalen Folgen die permanente Kriegssituation für die gesellschaftliche Entwicklung hat, zum Schweigen zu bringen, kann für uns auch kein Bündnispartner sein. Die Vorstellung, deutsche Linke müssten die Grenzen zulässiger linker Kritik an israelischer Politik bestimmen, ist absurd.

Gemeinsamer Besuch der Ausstellung: „Auf der Spur europäischen Zwangsarbeit - Südniedersachsen 1939 bis 1945“

Wir hatten schon mehrmals geplant, die Ausstellung gemeinsam zu besuchen, leider hat Corona immer etwas dagegen. Jetzt ein neuer Versuch, natürlich unter dem Vorbehalt, dass die Corona-Situation es zulässt.

(...) weiter auf Seite 7

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

08. Februar 19.00 Uhr, virtuell / Zugangsdaten werden per mail mitgeteilt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Wie ist der Stand der WHO-Präqualifikation der kubanischen Impfstoffe?

Die ersten in Lateinamerika und der Karibik entwickelten Impfstoffe gegen COVID-19 sind Abdala, Soberana 02 und Soberana Plus Autor: Maby Martínez Rodríguez | informacion@granmai.cu

Um die in Kuba entwickelten Immungene gegen Covid-19 dem Präqualifikationsverfahren der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu unterziehen, arbeiten die Wissenschaftler auf der Insel an der Anpassung der für dieses Verfahren erforderlichen Unterlagen.

„Der Fortschritt hängt von uns ab. Wir haben beschlossen, die Produktion in ein neues Werk in Mariel zu verlegen. Wir beginnen dort mit der Produktion und passen die Unterlagen an, die an die WHO geschickt werden sollen“, erklärte der Präsident von BioCubaFarma, Eduardo Martínez Díaz, auf Twitter

Er fügte hinzu, dass es während dieses Prozesses kein Hindernis für die Verwendung der Impfstoffe in Kuba und in anderen Ländern gibt, die sie nachfragen

und deren Aufsichtsbehörden ihre Verwendung im Notfall genehmigen.

In den letzten Tagen feierten die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO) und die WHO, ebenfalls über Twitter, einen von Argentinien und Mexiko gemeinsam hergestellten Impfstoff von AstraZeneca als „den ersten in Lateinamerika hergestellten Covid-19-Impfstoff“ und kündigten dessen „Aufnahme in die WHO-Liste für den Notfall“ an.

In einer Reihe von Nachrichten in diesem sozialen Netzwerk erinnerte der Präsident von BioCubaFarma daran, dass „die ersten in Lateinamerika und

der Karibik entwickelten Impfstoffe gegen Covid-19 Abdala, Soberana 02 und Soberana Plus sind, kubanische Impfstoffe, die von Cecmed, einer von der WHO anerkannten Aufsichtsbehörde und einer Referenz in der Region, für den Notfall zugelassen wurden“.

Er betonte jedoch, dass Kuba nicht mit Bruderländern in der Region um den ersten Platz konkurriert, sondern gegen ein Virus antritt. „Wir hatten die Erfahrung und die Kapazität, wir haben sehr hart gearbeitet und haben es geschafft. Die kubanischen Impfstoffe haben sich als sehr wirksam erwiesen“.



▶ Kuba prangert 20 Jahre des Missbrauchs und der Schande auf illegaler Militärbasis an

Die Berichterstatter des multilateralen Gremiums betonten, dass der Marinestützpunkt Guantanamo ein Symbol für den systematischen Mangel an Rechenschaftspflicht und für staatlich geförderte Folter sei, heißt es in einer auf der UNO-Website veröffentlichten Erklärung, in der die dortigen Praktiken als „inakzeptabel“ bezeichnet werden

Autor: Gladys Leidys Ramos | internet@granma.cu

Es sind nun schon 20 Jahre skandalöser Misshandlungen auf illegal besetztem kubanischen Boden in der Bucht von Guantánamo durch die größten Menschenrechtsverletzer der Welt vergangen“, kommentierte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei und Präsident der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, auf Twitter die Denunziation durch Experten der Vereinten Nationen.

Die Berichterstatter des multilateralen Gremiums betonten, dass der Marinestützpunkt Guantanamo ein Symbol für den systematischen Mangel an Rechenschaftspflicht und für staatlich geförderte Folter sei, heißt es in einer auf der UNO-Website veröffentlichten Erklärung,

in der die dortigen Praktiken als „inakzeptabel“ bezeichnet werden.

Darin wurde die US-Regierung erneut aufgefordert, das Gefängnis zu schließen, die Gefangenen auf sichere Weise und unter Beachtung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung wieder in ihre Heimat oder in ein Drittland zu schicken, für Abhilfe und Wiedergutmachung für diejenigen zu sorgen, die von ihren Agenten gefoltert und willkürlich festgehalten wurden, und die für Folterhandlungen Verantwortlichen im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Experten erinnerten daran, dass das Gefängnis auf dem Marinestützpunkt Guantánamo 700 Häftlinge beherbergte

und dass zwei Jahrzehnte später immer noch 39 Gefangene dort inhaftiert sind, von denen nur neun wegen eines Verbrechens angeklagt oder verurteilt wurden.

Sie äußerten sich besonders besorgt über die kranken und alternden Gefangenen, die Opfer von Misshandlungen geworden sind, und verurteilten das Fehlen einer angemessenen medizinischen Versorgung sowie das Fehlen einer Rehabilitation nach Folter, wie es das Völkerrecht vorschreibt.

Sie wiesen darauf hin, dass der juristische Schwebezustand auf dem Marinestützpunkt das Versagen des US-Justizsystems beim Schutz der Menschenrechte und bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit deutlich mache.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Corona-Proteste sind nur Mosaikstein der Rechtsentwicklung!

Die Corona-Proteste in Göttingen nehmen keine Fahrt auf. Während in Hamburg bis zu 13000 Menschen auf die Straße, sind es hier vielleicht 30 Personen. Eine Mischung von Esoteriker und Dorf Nazis. Organisierte Faschisten wie Thorsten Heise (sein Sohn droht aber aktuell ein Gefängnisstrafe), temporärer Berufsclown-Demonstrant Jens Wilke oder auch Göttinger Querfrontler wie Wolfgang Bittner (Er unterschrieb bereits Mai 2020 eine Erklärung einer „Demokratiebewegung“, die die Einschränkung der demokratischen Rechte beenden wollte. Mitunterzeichner und Treiber ist der Faschist Stephan Stein) sind nicht präsent. Es fehlt die große Bühne in Göttingen.

Die Corona-Proteste mobilisieren in der BRD zehntausende Menschen Woche für Woche. Es hätte einen legitimen Kern gegen Versagen und die Verwirrung der Regierungs- und Kapitalpolitik in der Pandemie haben können. Aber stattdessen wird durch faschistische Stoßkräfte auf absurde Debatten auf Masken-Freiheit und Freiheit von Impfungen abgelenkt, eine übliche Funktion des Faschismus als Bewegung.

Die Mobilisierung von Zehntausenden durch Faschisten hat - jenseits des organisierten Kerns - neben dem objektiven Versagen der Regierung in der Pandemie-Bekämpfung, was Unmut produziert, einen Hintergrund der akkumulierten Protestmobilisierung durch Rechts zu tun:

Während Pegida größtenteils eine sächsische Erscheinung blieb, die Mon-

tags-Mahnwachen nur punktuell Erfolg hatten oder die frauenfeindliche Pro-Life-Bewegung weitgehend auf christlichen Sekten beschränkt blieben, entwickelt sich die Corona-Proteste auf einer höheren Stufe. Die Proteste sind bundesweit, stabiler und breiter.

Aber es tummeln sich alle wesentlichen Akteure der vergangenen Protestmobilisierung von rechts darin. Gewiss ist die Corona-Pandemie in dem Alltag der Menschen prägender und betrifft den eigenen Bewegungsradius mehr als die Abtreibungsthema beispielsweise. Dennoch: Die organisierte Rechte vernetzt sich vermehrt, Organisations- und Themenübergreifend wird zusammengearbeitet. Es werden aber auch Türen von Linkskräfte geöffnet. diese geöffneten Türen führen empirisch – nicht dazu, dass Rechte zu linken Bewegungen stoßen, sondern umgekehrt: Alternativ geltende Menschen gehen zu rechten Protesten.

Somit sollte der Blick auf die Corona-Proteste nicht auf die Irrationalität der Impf- und Maskenverweigerer beschränken, sondern als eine Entwicklung rechter Mobilisierung betrachtet werden, die nicht mit der Pandemie aufhören wird. Voraussichtlich werden wir es in den kommenden Jahren wahrscheinlich mit anderen Themen und breiten rechte Mobilisierung erleben.

Was tun?

Die Kanalisation von Protesten gegen die Regierung des Kapitals gelingt durch die Faschisten, weil es kaum relevante

Mitgliederversammlungen im Februar

01. Februar

Landespolitik und Landtagswahlen

15. Februar

Energiepreise vor Ort

Vorausschau März:

1. März:

Wahlkreisversammlung der DKP-GÖ

15. März:

Konzeption DKP-Kleinzeitung

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

Alternative von links, genauer gesehen - in sozialen Kategorie gesprochen -, von der organisierten Arbeiterklasse gibt. Anstelle beispielsweise die Kurve flach zu halten, wäre die Alternative die Kapazität zu erhöhen.

Der Vorteil einer solchen schematischen Gegenüberstellung ist die Gegenbestimmung: Der Gegner ist nicht der Ungeimpfte, sondern die Regierung und Kapital. Die Schaffung von kämpferischen Alternative mit realistischen Durchsetzungsfähigkeit sowie eine zu realisierende „Utopie“ ist Aspekt des Gegensteuerns gegen rechte Mobilisierung. Ein weiterer Aspekt ist, sich im darüber im Klaren zu werden, wie die faschistische Vernetzung untereinander und gleichzeitig mit dem Kapital und Staatsapparat funktioniert. Ziel dabei ist es, neben dem Durchzuleuchten dieser Strukturen, auch, diese einzuschränken und zu bekämpfen. (tl)

SAVE THE DATE!

pressefest.dkp.de



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

26. – 28. AUGUST 2022

REVIERPARK WISCHLINGEN, DORTMUND

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Die Groner Mieter*inneninitiative und der Verein „IN Grone“ haben an die LEG geschrieben:

▶ Sofortmaßnahmen für die Mieter*innen in den von Schimmel befallenen Wohnungen

Anfang Januar kursierte in den sozialen Netzwerken ein empörendes video, dass am 6. Januar aufgenommen wurde und in dem der massive Schimmelbefall in den Wohnungen im Süntelweg zu sehen waren. (<https://www.youtube.com/watch?v=iGsV7kwLyZw>) Die Groner Mieter*inneninitiative und der Verein „IN Grone“ haben sofort einen Brief an die LEG in Düsseldorf als neue Eigentümer der ehemaligen ADLER-Wohnungen geschrieben, in dem sie sofortige Maßnahmen fordern, die den betroffenen Familien helfen.

Diesen müsse sofort Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt werden, um ihre Gesundheit nicht weiter zu gefährden!

Seit dem Beginn der „Modernisierungsarbeiten“ wurden diese äußerst rücksichtslos und belastend für die Mieter*innen durchgeführt. Viele Nachbar*innen seien bereits weggezogen, weil sie das Wohnen auf der Baustelle unerträglich fanden.

Zwar gab es, auch aufgrund der Bemühungen von Initiative und Verein, eine Besichtigung der Baustelle im Süntelweg durch die Oberbürgermeisterin und andere Vertreter*innen der zuständigen Ämter und die Baustelle sieht auch schon nächst „chic“ aus (s. Foto), aber es seien keine entscheidenden Verbesserungen erkennbar. Es sei kaum noch Bautätigkeiten wahrnehmbar und die Mieter*innen haben keinerlei Informationen, wie es nun weitergeht.

Die Absender stellen folgende Forderungen auf:

Solange die Gebäude nicht wieder dicht sind, weiter Wasser eindringen kann und der Schimmelbefall nicht gründlich beseitigt ist, müssen alle Mieter*innen

aus diesen Häusern in den Ersatzwohnungen bleiben können. Im Übrigen muss dort eine professionelle Bau-trocknung erfolgen. Darüber hinaus muss gutachterlich geprüft werden, um welche Art Schimmel es sich handelt und wie tief er ins Gemäuer eingedrungen ist, damit eine ausreichende Sanierung erfolgen kann. Es ist ebenfalls zu prüfen, ob das Mobiliar wegen des Schimmels unbrauchbar ist und auf Kosten des Vermieters ersetzt werden muss.

Bei zukünftigen Baumaßnahmen in anderen Bereichen des Bestandes erwarten wir einen deutlich besseren Schutz der Gesundheit und des Mobiliars der Mieter*innen sowie mehr Rücksicht bezüglich der Lärm- und Schmutzbelästigung.

Die pauschale Mietminderung ist zu verlängern und evtl. zu erhöhen. Bereits



ausgezogenen Mieter*innen ist diese auszuzahlen.

Es ist – wie auf der Internetseite der LEG erwähnt - ein Objektbetreuer zu benennen und das Mieter*innenbüro in der Sollingstraße wieder zugänglich zu machen. Dieser sollte mittels Veranstaltung o.ä. Mieter*innen im Süntelweg und Rodeweg umgehend über den weiteren Verlauf der Bauarbeiten informieren, Beschwerden entgegennehmen und gemeinsam sollen Wege zur Abhilfe erarbeitet werden.

▶ Baugebiet Langer Reekesweg (Grone): Erste Vorstellungen



Was vor rd. zwei Jahren sowohl den Ortsrat Grone als auch den Rat der Stadt passierte, nähert sich nun der Realität. Vor rd. zwei wurde das Gelände am Langer Reekesweg als Baugebiet in Grone einvernehmlich ausgewiesen und die Pachtverträge für die auf dem Gelände vorhandenen Kleingärten sind ausgelaufen.

Im Januar 2022 nun informierte die Verwaltung den Ortsrat Grone über erste Vorstellungen, nach denen Planungsbü-

ros entsprechende Bebauungsvorschläge erarbeiten sollen. Dabei wurde die Zahl von 300 Wohneinheiten genannt, die hier entstehen sollen.

Was bei allen politischen Kräften, denen die fehlenden, vor allem bezahlbaren Wohnungen bewusst sind, Zustimmung hervorrief, stieß vor allem bei der Ortsbürgermeisterin, Birgit Sterr (SPD), ersten Widerspruch hervor: Das seien doch wohl zu viele Wohnungen, die hier gebaut werden sollen. (...) **weiter auf Seite 12**



Kreismitgliederversammlung

Am Mittwoch, den 16. Februar.

Die KMV findet online statt, der Link folgt über den Mailverteiler.

Tagesordnung:

1. Eröffnung/Begrüßung
- 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Feststellung Beschlussfähigkeit
2. Rotes Zentrum
3. Politische Diskussion Diskussion: Entwicklung der Partei - Debattenaufschlag
Thomas Goes' Text
4. Berichte
- 4.1 Bericht aus dem KSR
- 4.2 Bericht aus dem Kommunalpolitischen Arbeitskreis
5. Verschiedenes

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, den 23. Februar 2022, 19:00 Uhr

Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstraße 3, 37073 Göttingen

Schwerpunktthema: Hartz IV

Es gilt die 3G-Regel, ein Luftfilter ist vorhanden. Pandemiebedingte Aktualisierungen vorbehalten.

OV Dransfeld

OV Treffen an jedem 2. Freitag im Monat, bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld. Das Treffen findet unter der 2G-Regel statt.

Aktiventreffen

am 09. Februar um 19:00 Uhr. Genauere Infos folgen per Newsletter. Wer bisher keinen Newsletter erhält, kann sich anmelden unter: newsletter@die-linke-goettingen.de.

Frauenstammtisch

am 01. Februar um 19:30. Treffpunkt wird noch bekanntgegeben.
Anmeldung unter anmelden@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend

Die Linksjugend trifft sich immer montags um 18:30 Uhr. Momentan online. Wenn du Lust hast teilzunehmen, dann melde dich per Mail oder Insta bei der Linksjugend (goettingen@linksjugend-niedersachsen.de).

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

am Mittwoch, 9. Februar, 18.00 Uhr per Videokonferenz

Thema: Wohnungsbaupolitik – hier; Unsere Ideen zum Holtenser Berg mit Hans-Dieter v. Frieling, Wirtschaftsgeograph, aktiv im Bündnis „Gutes Wohnen für alle“,

Einwahllink: <https://app.bbbserver.de/de/de/quick-connect/791ddcd-91f1-4a1a-aadf-f98201f623b0>

oder auf Anfrage bei g.siebecke@posteo.de

Rosa-Luxemburg-Club Treffen:

am 08. Februar um 17:00, online.

Interessierte können sich unter g.siebecke@posteo.de melden.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de

und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Eine starke Stimme gegen die Verwaltung

Für die Wahl des Bundespräsidenten am 13. Februar 2022 hat DIE LINKE den parteinahen und prominenten Sozialmediziner Gerhard Trabert nominiert. Trabert steht für eine Gesellschaft der Solidarität und der Mitmenschlichkeit, in der jede und jeder in Würde leben kann. Der Mediziner aus Mainz engagiert sich seit über 25 Jahren für Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen. Als Arzt, Sozialarbeiter und Gründer des gemeinnützigen Vereins „Armut und Gesundheit“ behandelt und berät Trabert mit seinem Team der „Poliklinik ohne Grenzen“ die Wohnungslosen, Sans-Papiers, Asylsuchenden und zunehmend jene, die sich die Versicherungsbeiträge nicht mehr leisten können. Der Mainzer Arzt hilft nicht nur Menschen in Deutschland, sondern engagiert sich auch für



Gerhard Trabert

Notleidende über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Er war bereits mehrmals im Lager auf Lesbos und hat dort medi-

zinische Hilfe für Geflüchtete geleistet. Mit seinem Verein engagiert er sich dort konkret für Menschen mit Behinderung. Die Corona-Krise ist ein Brennglas für lange bestehende Krisen: Sie trifft diejenigen am härtesten, die vorher schon zu kämpfen hatten. „Die Distanz zwischen etablierter Politik und den Ärmsten der

Gesellschaft wird immer größer!“, so Trabert. Er möchte auf die Ignoranz der Politik gegenüber Menschen, die resigniert sind und leiden, aufmerksam machen.

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt. Diese setzt sich zusammen aus den Abgeordneten des Bundestages und der gleichen Anzahl an Delegierten, die von den Landesparlamenten entsendet werden. Das können Kommunalpolitiker:innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein – letzteres sind häufig besser verdienende Schauspieler:innen, Fußballbundestrainer, Sänger:innen. Unser Kandidat tritt gegen den amtierenden Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier an, der bereits von den Regierungsparteien unterstützt wird. Dass der Sozialdemokrat in dem Amt bestätigt wird, ist sicher. Eine starke Stimme gegen die Verwaltung der Armut, die krank macht, kann Trabert trotzdem sein. Wir freuen uns über seine Nominierung.

Von Lisa Zumbrock

► Gedichte gegen den Winterblues

Liebe Genoss*innen, hier findet ihr ein bisschen Lyrik, die an uns herangetragen wurde. Wir hoffen, sie lässt euch die grauen Februartage ein bisschen freundlicher erscheinen.

C D Urnengang

Versprechen beigesetzt
am Tag danach

- Janina Niemann- Rich

Gewinnmaximierung

Patient Pflege
am Spartropf der Politik

- Janina Niemann- Rich

Viele Politiker

Man kann sein Gesicht nicht verlieren
wenn man keins hat

- Janina Niemann- Rich

Faschisten ermutigt

ein Rechtsextremer will nicht nur
als Vandale des Heute
Randale rassistische Morde verüben
will auch
ein pseudogermanisches Reich erzwingen

weniger Rechtsextreme träten stramm
in die Pedale der Gewalt
hielten sie nicht
Millionen Rechts-von-der-Mitte-Wähler
für schweigende Sympathisanten

- Jürgen Riedel

Zielgerichtete Kommunikation

Was wenn Marx recht hatte?
Hatte er.

- Loomis Matthiesen

Wenn du mal einen Text, ein Gedicht oder ähnliches veröffentlichen möchtest, dann komm gerne auf mich zu unter:
lena@boedeker-online.de.

(...) Forts. „Europäische Zwangsarbeit“
von Seite 2 (VVN)

Wir möchten Euch herzlich zu einem gemeinsamen Besuch der Ausstellung zur Zwangsarbeit in Südniedersachsen in der BBS, II, Godehardstraße 11, Göttingen einladen. Seit zwei Jahren hat die Ausstellung einen festen Mitarbeiter, nämlich Vincent Knopp. Diese Personalstelle ermöglicht dauerhaft erweiterte Öffnungszeiten, nämlich von Montag bis Freitag, von 10.00 bis 14.00 Uhr und am Donnerstag, von 15.00 bis 18.00 Uhr.

Unser gemeinsamer Besuch als VVN-BdA Göttingen ist für **Sonntag, 6. März 2022, von 14.00 bis 16.00 Uhr** geplant. Wir bekommen eine gesonderte Führung durch die Ausstellung.

Wir müssen uns allerdings vorher anmelden. Darum würden wir uns als Sprecherkreis zentral kümmern. Wer Interesse hat, an dem Termin teilzunehmen, melde sich daher bitte bei:

hans-georg.schwedhelm@t-online.de
an. Wir benachrichtigen euch dann über den weiteren Ablauf. Auf jeden Fall gilt (Stand heute) die 2G+ Regelung. Neben VVN-BdA-Mitgliedern sind natürlich auch Freunde und Unterstützer der VVN-BdA herzlich zu dieser Ausstellungsführung eingeladen.

DIE LINKE.

**Gerade jetzt:
Mitglied werden!**



DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

Erlebnisbericht Lynn Sonder, Staufenberg

► Schwere Entscheidung Neu im Dorf und neu in der Kommunalpolitik

2020 bin ich mit sieben guten Freunden aufs Land nach Spiekershausen, Gemeinde Staufenberg gezogen. Von meinen Großeltern kannte ich das Dorfleben schon gut. Auf der Straße werden Alle begrüßt, gerne auch mal ein bisschen geschwätzt. Wenn die Nachbar*innen Hilfe brauchen wird geholfen, aber wenn sie den Garten nicht wie üblich bewirtschaften wird auch gerne mal darüber geredet. Durch den Pandemiebeginn war das Kennenlernen erst einmal schwierig. Das änderte sich schnell, als ich anfang in der Gemeinde als Postbotin zu arbeiten und alle Dörfer und viele Bewohner*innen kennenlernte. In kurzer Zeit wurde ich über die Ängste, Sorgen, Probleme und Bedürfnisse aufgeklärt. Die Kandidatur zum Gemeinde- und Ortsrat als LINKE war für mich die logische Folge.

Überraschend wurde ich gleich in beide Gremien gewählt. Ein bisschen Panik breitete sich aus, aber man wächst ja an seinen Herausforderungen. Und dann ging es direkt los: Erste Gemeinderatssitzung. Schnell wurden alle formalen Abstimmungen erledigt und am Ende des Abends lag der Haushaltsplan 2022 auf dem Tisch zur Entscheidung sechs Wochen später, am 16. Dezember. Zum Glück konnte ich direkt in der ersten Sitzung ein paar Kontakte knüpfen und die alten Hasen im Rat haben mir geholfen den Haushalt zu verstehen und mir ihre Hilfe angeboten. Ich habe dann gegen den Haushalt gestimmt: Vor allem fehlte die neue Heizungsanlage der Grundschule Landwehrhagen im Investitionsplan.

Zwei Wochen vor der zweiten Sitzung ging es plötzlich los: Ich wurde von allen Fraktionen und einer Elterninitiative kontaktiert. „Ist das normal?“ fragte ich mich, oder gibt es da eine wichtige Abstimmung bei der meine einzelne Stimme entscheidend ist? Es ging um die Kündigung einer mit dem Landkreis Göttingen geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Finanzierung

und der Wahrnehmung von Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen. Der Landkreis, der eigentlich zuständig ist, hat diese an die Gemeinden abgegeben. Klingt ja erst mal ganz gut, denn warum sollte extern entschieden werden, was in der Gemeinde Umsetzung findet. Es scheint fast ein Privileg zu sein selbst über Kitas, Kindergärten und Schulen entscheiden zu können. Regionale Besonderheiten und spezielle Bedürfnisse können berücksichtigt, individuelle Angebote geschaffen werden und das Ganze ohne lange bürokratische Wege. Warum also sollte gekündigt werden? Kann die Gemeinde dieser Aufgabe nicht nachkommen? Fragt man die Gemeindeverwaltung so stehen schlichtweg nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung um genügend Kita und Kindergartenplätze sicherzustellen. Die gestiegenen Kosten für Kindertagesstätten und der erhöhte Bedarf an Plätzen können mit den eigenen Mitteln nicht gedeckt werden. Der Landkreis beteiligt sich mit nur ca. 11% an den Kosten und zusätzlich ist die Gemeinde, aufgrund einer Vereinbarung zur Haushaltsentscheidung mit dem Land Niedersachsen, zu besonderer Sparsamkeit verpflichtet.

Was ist nun im Interesse der Kinder und Eltern? Aus Sicht der Elterninitiative soll die Kündigung den nötigen Anstoß für neue Gespräche und Verhandlungen mit dem Landkreis geben. Zu lange warten einige Eltern und Kinder auf Kita-Plätze ohne Aussicht auf eine Verbesserung der Lage. Für sie muss primär überhaupt etwas passieren, damit die Lage nicht weiter stagniert. CDU und die Wählergemeinschaft Wir für Staufenberg vertreten diese Meinung ebenfalls. Sie hoffen, dass der Landkreis die Notlage der Gemeinde anerkennt und neu verhandelt wird.

Aus meiner Sicht sollte zunächst auf Kommunikation gesetzt werden, der neu gewählte Rat sollte das Gespräch suchen und bestmögliche Beteiligung durch den Landkreis aushandeln. Direkt zu Beginn der neuen Wahlperiode eine

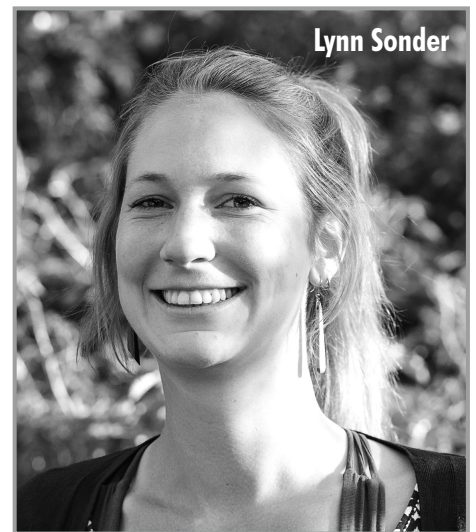
Kontakt

Fraktion die Linke im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnergtag 14 bis 15.30 Uhr



Lynn Sonder

solche schwerwiegende Entscheidung ohne vorherige Verhandlungen im Fachausschuss in den Rat zu geben, sieht nach Überrumpfung aus. Aber kann nicht doch das Finanzierungsproblem nur durch eine Kündigung angegangen werden? Letztlich habe ich mich wie SPD und Grüne gegen die Kündigung ausgesprochen – aus meiner Sicht im Sinne der Kinder und ihrer Eltern. Eine Kündigung wäre ohnehin erst zum 31.12.2023 wirksam. Bis dahin könnte die Situation weiter stagnieren. Für mich scheint die Vereinbarung eine gute Chance zu sein um ein an die Gemeindekinder angepasstes Angebot zu realisieren und lokale Bedürfnisse zu berücksichtigen. Durch Kommunikation mit dem Landkreis könnte eventuell schneller eine Lösung für die Finanzierung gefunden werden, als es über eine Kündigung und den damit eventuell einhergehenden langen Rechtsweg realistisch ist.

Entgegen meiner ursprünglichen Vermutung war die Abstimmung am Ende zwar knapp, aber auf meine Stimme allein kam es nicht an. Mit 11 zu 9 (ein SPD-Abweichler) wurde für die Kündigung entschieden. Ob dies zu einer Verbesserung der Situation führen wird?

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Rotes Zentrum in Göttingen

Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind Büroräume von Parteien, Abgeordneten und außerparlamentarischen Initiativen. Das Rote Zentrum in Göttingen – das ist ein Bündnisprojekt: Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen unterschiedlicher Strömungen teilen sich Räume, arbeiten zusammen und begegnen sich. Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind öffentliche Räume für Sitzungen, Plena, Veranstaltungen und Kulturevents. Hier wird debattiert, gestritten, angestoßen, gelacht und getanzt. Seit dem Jahr 2011 befindet sich dieser Ort im Lieschen-Vogel-Haus in der Lange-Geismar-Straße 2 in Göttingen. Und das in guter Nachbarschaft: Tür an Tür mit der Bundesgeschäftsstelle der Roten Hilfe e.V., deren großer Veranstaltungssaal unser Rotes Foyer ergänzt.

Diese komfortable und solide Konstellation ist seit Jahrzehnten gewachsen. Nach der Bertheustraße und der Geismar Landstraße gelang 2011 der große Sprung nach vorn mit dem Einzug in das gegenwärtige Haus. Im Rahmen eines Projektes zur lokalen Arbeiter*innen-Geschichte und Historie des antifaschistischen Widerstandes benannten im Jahr 2012 Haus-Bewohner*innen und Zentrums-Nutzer*innen „ihr Haus“ nach der Kommunistin und Antifaschistin Elisabeth „Lieschen“ Vogel, die von 1923 bis 1941 in Göttingen gelebt und gewirkt hat.

Die gemeinsame Geschichte des Roten Zentrums war von Auf und Abs geprägt, in denen sich Wahlergebnisse, Mandatsgewinne und -Verluste, politische Konjunkturen und äußere Rahmenbedingungen widerspiegeln. Um aus den wiederkehrenden destruktiven Phasen zu lernen, gründeten im September 2018 ein Kern von langjährigen Zentrumsbetreiber*innen und -Nutzer*innen den Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“. Dieser koordiniert und verwaltet seither die zahlreichen organisatorischen Aufgaben, die sich aus dem Betrieb eines Zentrums ergeben. Ein Kreis von Fördermitgliedern finanziert die Gemeinschaftsflächen und

gewährt dem Roten Zentrum Stabilität und Handlungsmöglichkeiten. Vor allem aber bemüht sich der Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“ aber auch darum, das Rote Zentrum als einen Kommunikations-, Begegnungs- und Bildungs-ort zu gestalten. Seit dem Herbst 2018 stellt der Verein ein Veranstaltungsprogramm zusammen, in dem die unterschiedlichen Nutzer*innen-Gruppen ihre Besonderheiten und Schwerpunkte den Zentrums-Nachbar*innen sowie einem interessierten Umfeld zur Diskussion und Anteilnahme darbieten.

Das Grünkohlessen mit Karl und Rosa, Forschungen zur Stadtteilgeschichte, Erzählungen zu den Hausdurchsuchungen nach dem G20-Gipfel, Vorträge zur Kommunistin Minna Faßhauer oder zum Lagerwiderstand im KZ-Buchenwald, Diskussionsrunden zur Analyse des Faschismus und aktuellen Bedrohung durch Neonazis und Rechtspopulisten, ein Liederabend mit Kai Degenhardt und so weiter. Die monatlichen Veranstaltungen werden als Halbjahreskalender in einem eigenen Falblatt bekannt gegeben. In den monatlichen Göttinger Blättern gestaltet das Rote Zentrum zudem eine Seite.

Gegenwärtig stellt sich dem Roten Zentrum die Aufgabe, einen Ort der Begegnung unter den andauernden Bedingungen der Corona-Pandemie zu gewährleisten. Wie soll Gemeinschaft bei zugleich gefordertem „social distancing“ verantwortungsvoll gestaltet werden? Wechselnde Verordnungslagen müssen studiert und beachtet, technische Hilfsmittel wie Raumluftfilter oder Handdesinfektionsmittel angeschafft, Mieten fortgezahlt, politische Kontroversen zum gesellschaftlichen Geschehen ausgehalten werden.

Für die weitere Zukunft stellt sich die Eigentumsfrage. Die Kontinuität und der Bedarf eines Roten Zentrums in Göttingen legen es nahe, die genutzten Räume nicht nur zu mieten, sondern das Eigentum zu erwerben. Auch politisch wäre das der richtige Weg: die Häuser in die Hän-



de derjenigen, die sie nutzen. Bereits im April 2019 stellten Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses das Modell des Mietshäusersyndikats vor. Das Mietshäusersyndikat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 120 Hausprojekten. Gemeinsames Ziel ist es, den Bewohner*innen und Nutzer*innen von Häusern die Gestaltungsmacht zu übertragen und Immobilien dauerhaft dem Spekulationsmarkt zu entziehen. In Göttingen sind die Hausprojekte Obere-Masch-Straße 10 (OM10) sowie das „Grüne Haus an der Ecke“ in der Wiesenstraße 28 nach diesem Modell organisiert. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für einen Hauskauf in der Lange-Geismar-Straße 2 sind schlecht. Die Formulierung von gemeinsamen Zielen, in denen sich ein konkreter Nutzen wie auch eine gesellschaftliche Utopie erkennen lässt, bleibt für eine Gemeinschaft wie das Rote Zentrum umso wichtiger.

Das Rote Zentrum ist auf Genoss*innen angewiesen, die durch eine regelmäßige Fördermitgliedschaft ihre Unterstützung realisieren. Auch einmalige Spenden sind willkommen!

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
 IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
 BIC: GENODE51KS1
 Volksband Kassel Göttingen eG



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis im Januar:

► Kultur ausreichend fördern

Im Mittelpunkt des online stattgefundenen Arbeitskreises am 12. Januar stand das Thema Kulturförderung in den Haushalten 2022 von Stadt und Landkreis, die gerade beraten und im März beschlossen werden sollen.

Es war insgesamt eine spannende und auch hilfreiche Diskussionsrunde, stellte Jost Lessmann, der als Mitglied des Rates der Stadt im Kulturausschuss mitarbeitet, zum Abschluss fest:

Im städtischen Haushalt gibt es zumindest keine Kürzungen, wie er in seinem Eingangsreferat hervorhob, jedoch für die deutliche Mehrzahl auch keine Erhöhungen. Gefördert werden vor allem die „Leuchtturmprojekte“ wie die für den bürgerlichen Spielbetrieb „wichtigen“ Einrichtungen Deutsches Theater und das Göttinger Sinfonieorchester. Dies ist, wie Eckhard Fascher, Fraktionsvorsitzender im der Partei DIE Linke im Kreistag, ausführte, im Kreishaushalt ähnlich.

Während die „Leuchttürme“ über einen Vertrag mit Land, Stadt und Landkreis regelmäßige Erhöhungen über einen längeren Förderungszeitraum zugesichert bekommen haben, sind auch im Kreishaushalt die Ansätze für die Übrigen eingefroren. Für neue Initiativen

ist es daher fast unmöglich, überhaupt Zuschüsse zu bekommen.

Insofern liegen die vorliegenden Anträge erheblich über den Haushaltsansätzen. Haushaltstechnisch werden diese Aufgaben als Nichtpflichtaufgaben, also als „freiwillige Leistungen“ angesehen und sind damit extrem abhängig von der jeweiligen Haushaltslage.

Faktisch führt dies dazu, dass die sowieso schon nur knapp über dem Existenzminimum liegenden Gehälter nicht erhöht und Kostensteigerungen auch nicht abgedeckt werden können.

Stadthalle, das Deutsche Theater aber auch das Junge Theater haben einen erheblichen Sanierungsbedarf. Hier wurden von Seiten der Stadtverwaltung Investitionen von rund achtzig Mio. Euro zugesagt - eine erhebliche Summe bei einem Haushaltsvolumen von rund 400 Mio. Euro. Nur: Es findet sich nichts davon im diesjährigen städtischen Haushaltsentwurf wieder.

In ihrem gemeinsamen Kommunalwahlprogramm hatten Göttinger Linke und Partei DIE LINKE beschlossen, eine ausreichende Förderung von Kultur und Kulturschaffenden in Zukunft zu einem der Schwerpunkte ihrer Arbeit in Stadtrat und Kreistag zu machen. Zurückgehend auf ein gemeinsames Treffen mit kulturellen Initiativen im Frühjahr 2021 ist dabei auch die Forderung nach einen regelmäßig tagenden Runden Tisch Kultur mit Kulturschaffenden, Verwaltung und Politik.

In der Diskussion wurde eine ausreichende Finanzierung auch gerade der kleineren Einrichtungen eingefordert. Dabei sollen auch die finanziellen Mittel des Integrationsrates für Kulturförderung erhöht werden.



Jost Lessmann

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Christa Siebecke

Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:
Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:
Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann
Edgar Schu (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch 09. Februar
per Video**

Thema: Wohnungsbaupolitik – hier; Unsere Ideen zum Holtender Berg

Gast: Dieter v. Frieling, Mitglied des Bündnisses „gutes Wohnen für alle“, der die Konzeption des Bündnisses vorstellt.

Einwahllink: <https://app.bbbserver.de/de/de/quick-connect/791dddcd-91f1-4a1a-aadf-f98201f623b0>
oder auf Anfrage bei g.siebecke@posteo.de

Nach der zu erwartenden Entspannung der Corona-Situation im Frühjahr soll ein erneutes Treffen der Linken mit kulturellen Einrichtungen aus Stadt und Landkreis initiiert werden. Hier soll dann noch einmal über die Strategie zur Einrichtung des Runden Tisches gesprochen werden, der seine Forderungen gegenüber Stadt und Landkreis eigenständig formulieren könnte.

(ef)

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

aktuell
im Februar

Gesundheitsgefahren für Mieter: Aufforderung an LEG und Stadt zur Schadensbegrenzung

Zahllose Medienberichte der letzten Wochen und Monate haben auf die unhaltbaren Zustände in den Adler-Wohnungen in Göttingen/Grone Süd und dort vor allem im Süntelweg aufmerksam gemacht. Die Göttinger Linke fordert die LEG Immobilien SE als neue Besitzerin der Wohnungen auf, jetzt den Schwerpunkt auf Schadensbegrenzung zu legen. Erst sollten begonnene Bauabschnitte abgeschlossen werden, bevor neue wie etwa im Rodeweg ebenfalls in desaströse Zustände überführt werden. Die Gesundheit der Mieter*innen muss an erster Stelle stehen.

Vor einigen Monaten begannen Bauarbeiten an Wohnungen der Adler-Group in Grone: Im Süntelweg wurden die Dächer einer hunderte Meter langen Häuserzeile und auch die Außenwände im Bereich der Treppenhäuser der betroffenen Gebäude entfernt. Dies sind Vorbereitungen, um jeweils ein Geschoss oben aufzusetzen und um Fahrstuhlschächte anzubauen. Hierbei handelt es sich um „Modernisierungen“, die erlauben, die Mieten aller Wohnungen in den Gebäuden stärker anzuheben als dies die Mietpreisbremse ohne diese Maßnahmen erlaubt hätte.

Die offensichtliche Folge dieser Vorgehensweise: Wasser aus Regen- und Schneefall dringt von oben direkt in die Wohnungen im obersten Stockwerk und durch unzureichend abgedichtete Außenwände in die Treppenhäuser ein.

Schon am 11. November 21 berichtete das GT ausführlich über Schimmelbefall in den Wohnungen. Die Adler Group antwortete damals auf Anfragen des GT, dass sie eine „angemessene Bearbeitungszeit“ benötige und dass alle Fälle „fachmännisch“ aufgenommen „und Schäden beseitigt“ würden.

In den vergangenen zwei Monaten hat sich die Situation noch weiter verschärft:

Es ist weiter Wasser in die Häuser eingedrungen. Es sind große Sachschäden am Eigentum der Mieter entstanden. Die Hausverwaltung hat Mieter*innen unter Druck gesetzt, aus den zur Verfügung gestellten Ausweichwohnungen in ihre angeblich jetzt sanierten Wohnungen zurück zu ziehen. Dadurch befinden sich nun auch Familien mit Kleinstkindern in Wohnungen, die durch massiven Schimmelbefall gesundheitsschädlich sind.

Derzeit laufen vergleichbare Bauarbeiten im Rodeweg an. Auch dort könnten dann die Hausdächer für unbestimmte Zeit undicht hinterlassen werden, mit den aus dem Süntelweg bekannten gewaltigen Folgeschäden.

Edgar Schu, Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linken, fordert die LEG als für sämtliche betroffenen Wohnungen verantwortlichen Investor auf, die Dachentfernung im Rodeweg sofort zu stoppen: „Zuerst müssen die durch Feuchtigkeit, Dreck und Schimmel betroffenen Mieter*innen der Wohnungen im Süntelweg wieder mit Ersatzwohnungen versorgt werden. Erst nachdem alle Gebäude im Süntelweg wieder regendicht, gründlich getrocknet und schimmelfrei sind, ist es zu verantworten, nächste Schritte im Rodeweg zu tun.“

Die Göttinger Linke wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um betroffene Mieter*innen dabei zu unterstützen, dass sie Ausweichwohnungen zur Verfügung gestellt bekommen.

Keine Gleichbehandlung für Asylbewerber*innen in Göttingen

In der am 11.01.2022 stattgefundenen Sozialausschusssitzung wurde u.a. das Thema zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Leistungsberechtigte nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) diskutiert. In diesem Zusammenhang sollte ein Vorschlag der Stadtverwaltung beschlossen werden, der die Einführung verhindert und die bis dato übliche Vorgehensweise beibehält. Diese sieht vor, dass die betroffenen Mitbürger*innen, die im Asylverfahren stecken, ihre Arztbesuche mit Hilfe eines dazu ausgefertigten Schriftstücks der Stadt tätigen. Dieses muss quartalsweise eingefordert werden.

„Wir alle wissen, wie zermürbend solch ein bürokratischer Aufwand ist. Auch die fehlenden Sprachkenntnisse scheinen für mich ein großes Problem darzustellen. Mit sozialer Integration hat das wenig zu tun, und es kann oftmals davon ausgegangen werden, dass aufgrund dieser Hindernisse auf ein Konzil beim Arzt verzichtet wird. Außerdem erscheint es mir auch sehr erniedrigend, mit so einem Schreiben beim Arzt aufzutauchen. Vergleichbar wäre beispielsweise der Einkauf mit Lebensmittelkarten. Obendrein setzt es die Mitmenschen noch stärker in eine Außenseiter-Position“, erklärt Göttinger Linke Ratsfrau Marcinkiewicz.

Im Sozialausschuss wurde lange darüber diskutiert und viele Einwände eingebracht. Leider, wenn auch nur knapp, wurde dem Antrag der Stadtverwaltung stattgegeben. Das bedeutet: Keine Gleichbehandlung für Asylbewerber*innen in unserer Stadt.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

▶ Göttinger SPD: Vorwärts Rolle zurück

Vor 35 Jahren - ich mag es selbst kaum glauben - war ich Stadtverbandsvorsitzender der Göttinger SPD. Mit anderen Vorstandsmitgliedern habe ich die ersten Gespräche über ein Haushaltsbündnis mit den Grünen für die Ratsperiode 1986 bis 1991 geführt. Es gab in wesentlichen Punkten Übereinstimmungen und die Absprachen waren für beide Seiten akzeptabel.

Doch in einer letzten fraktionsinternen Probeabstimmung - zwei Tage vor der entscheidenden Ratssitzung - verweigerte plötzlich eine Mehrheit der SPD-Ratsfraktion die Zusammenarbeit mit den Grünen. So blieb es weiterhin bei der Allianz mit der CDU, die seinerzeit noch in einem schriftlichen Vertrag abgesichert wurde. Meinen Stadtverbandsvorsitz legte ich daraufhin nieder.

Nun, 35 Jahre später, deutet alles darauf hin, dass es wieder ein möglicherweise auch formales Bündnis zwischen SPD und CDU geben wird. Mithilfe der FDP gegen Grüne, Göttinger Linke, die Partei und Volt will man sich Mehrheiten sichern.



Erste Abstimmungen dieses neoliberalen Bündnisses im Rat und den Ausschüssen haben schon gezeigt wo die Reise hingeht. Da stimmen SPD, CDU und FDP für eine Bebauung auf einem ehemals stadteigenen Grundstück in Grone mit Reihenhäusern durch die Da-we-Bau in der Kaufpreiskategorie ab 750.000 Euro aufwärts. Und das unter dem Etikett der Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Wie abgehoben von der Lebensrealität der Normalbürger sind diese Mandatsträger eigentlich?

Nächstes Beispiel: SPD und CDU bereiten die Bevölkerung auf einen Verkauf des ehemaligen Gefängnisses am Waageplatz an einen privaten Investor vor, während Grüne und Linke vor dem weiteren Ausverkauf der letzten stadteigenen Immobilien und Flächen warnen. Wie eh und je vereint in alter Kumpanei, wächst da wieder zusammen, was anscheinend zusammen gehört. Solange die SPD stärkste Ratsfraktion war, hat sie die Grünen als Mehrheitsbeschaf-

fer gebraucht und geduldet. Leider haben sich die Grünen allzu oft auch dazu missbrauchen lassen.

Nun, da die SPD im Rat hinter die Grünen abgerutscht ist, scheint sie es nicht zu verkraften, die Rollen mal im Ansatz zu tauschen. Göttingen muss sich wohl darauf einstellen, dass Sozial- und Christdemokraten alles versuchen werden, in den nächsten fünf Jahren den Kurs einer investorengesteuerten Bau- und Wohnungspolitik, einer autofreundlichen Verkehrspolitik, einer rigiden Sozial- und Kulturpolitik und insgesamt einer Neoliberalen Kommunalpolitik im Verbund mit der FDP mit ihrer hauchdünnen Mehrheit durchzusetzen.

Schützenhilfe für diese Art der Großparteienallianzen gab es dann noch durch die Landtagsfraktionen von SPD und CDU. Durch die von ihnen durchgedrückte undemokratische Veränderung des Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetzes wurde das Stimmrecht kleinerer Fraktionen in den kommunalen Ausschüssen faktisch abgeschafft. So spiegeln Ausschussbeschlüsse in vielen Fällen noch nicht einmal mehr die wahren Mehrheitsverhältnisse des Rates wieder.

Euer Gerd Nier

31.12.2021:

Endlich wurde das Atomkraftwerk Grohnde bei Hameln abgeschaltet.

Broschüre:

Alte Meiler bleiben am Netz – die Gefahren des AKW Grohnde

Herausgeber: Regionalkonferenz AKW Grohnde

Zu bestellen bei:

Bürgerinitiative Umweltschutz e.V. BIU Hannover

Stephanusstraße 25, 30449 Hannover

Tel.: 0511 - 44 33 03

E-Mail: info@biu-hannover.de



Göttinger legen Schalter in Grohnde um
Foto: DEWEZET.de

(...) Fortsetzung „Baugebiet Langer Reekesweg“ von Seite 5



Das Baugebiet von der Feldscheune aus

Nun ist nicht bekannt, wie viele Wohnungen Frau Sterr dort sieht. Aber eines ist klar: Der Fehler, kostbaren städt. Grund und Boden zum Zweck des Eigenheimbaus (für rd. 900.000 Euro, wie dem GT zu entnehmen war) zu verscherbeln – wie es bei den bei den „Blauen Hallen“ (Rodeweg/Elmweg) gemacht wurde, darf nicht wiederholt werden! Göttingen benötigt viele (bezahlbare) Wohnungen und der Flächenverbrauch für sog. Eigenheime ist ökologisch absolut unsinnig.

Hendrik Falkenberg, Ortsratsmitglied der Göttinger Linke: „Ich begrüße ausdrücklich den geplanten Geschosswohnungsbau am Lange Reekesweg und wünsche mir, dass dort zu 100 % der Wohnungen im Segment des „bezahlbaren Wohnraums“ gebaut werden.“